

Spitalregion glaubt, dass der Kanton die Mehrheit beim KSW behält

GESUNDHEIT Stadt und Gemeinden ziehen bei der Auslagerung der KSW-Vorlage nicht am gleichen Strick. Während die Gemeinden vom Kanton Aktien zum Vorzugspreis forderten, äussert der Winterthurer Stadtrat diverse Vorbehalte. Die Euphorie, sich zu beteiligen, hält sich überall in Grenzen.

«Warum verkauft der Kanton das Spital nicht für 400 000 Franken wieder an die Stadt Winterthur zurück, zum gleichen Preis, wie es es 1886 erstanden hat?», fragte Markus Schaaf (EVP, Zell) rhetorisch in die Runde. Den Kollegen im Kantonsrat entlockte er damit während der zähen Debatte zur Auslagerung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) ein müdes Lächeln. Mit einer Bilanzsumme von 255 Millionen Franken, einem Umsatz von 468 Millionen Franken und über 26 000 stationären Patientenaustritten pro Jahr ist das KSW heute ungleich grösser und wertvoller.

Alleine den Substanzwert des KSW schätzt die Gesundheitsdirektion auf rund 400 Millionen Franken, wie sie auf Anfrage schreibt, das 1000-Fache des Betrages, den Schaaf so süffisant vorschlug.

Gemeinden wollen Privilegien

Das neue KSW-Gesetz, über das der Kantonsrat am 31. Oktober endgültig abstimmt, sieht ein «unlimitiertes Vorkaufsrecht» für die (ehemalige) Spitalregion vor. Es sind dies die Stadt Winterthur, sämtliche Gemeinden der Bezirke Andelfingen und Winterthur-Land sowie Illnau-Effretikon,

wert), sondern die Anzahl: eine Stimme pro Aktie. Damit hätten Stadt und Gemeinden für vergleichsweise wenig Geld eine Mehrheit oder zumindest eine



«Die medizinische Grundversorgung darf sich auf keinen Fall verschlechtern, egal, wem das KSW gehört.»

Martin Farner (FDP),
Gemeindepäsident
Oberstammheim

Sperrminorität bei der Generalversammlung erkaufen dürfen. Hätten. Denn die Vertreter der Gemeindepräsidentenverbände (GPV) der beiden Bezirke sind überzeugt, dass dies realpolitisch keine Option mehr ist: «Das hätte man explizit im Gesetz verankern müssen», meint der Wiesendanger Gemeindepäsident Kurt Roth (FDP), der die Landgemeinden im KSW-Spitalrat vertritt. Der politische Wille für eine solche Geste zugunsten der Spitalregion sei aber weder in der Regierung noch im Kantonsrat spürbar. «Das Vorkaufsrecht ist reine Makulatur geworden», glaubt er.

Formell gibt es jedoch durchaus noch Spielraum. Der Regierungsrat müsste die Privilegien in die Statuten der KSW AG aufnehmen.

KSW-Aktie mässig begehrt

Eine Umfrage bei grösseren oder vergleichsweise finanzkräftigen Gemeinden zeigt: Der Enthusiasmus, in KSW-Aktien zu investieren, hält sich derzeit in Grenzen: Illnau-Effretikon hat sich mit der Frage noch gar nicht beschäftigt, Brütten würde sich mit mickrigen 20 000 Franken einkaufen, Seuzach gibt ausweichend Antwort, und in Neftenbach bezweifelt der Finanzvorsteher, dass es die Gemeinden derzeit nach neuen Investitionen und Anlagen dürstet. In Wiesendangen hingegen könnte man sich eine Beteiligung unter Vorzugsbedingungen vorstellen, und auch der FDP-Kan-



Fünf Jahre nach der Gründung dürfte der Kanton erste Aktien des KSW verkaufen, auch an Stadt und Gemeinden. mod

tonsrat Martin Farner aus Oberstammheim, der dem GPV Andelfingen vorsteht, würde dafür werben. «Nicht akzeptabel wäre, wenn das Angebot bei der medizinischen Grundversorgung sich verschlechtern würde», sagt Farner. Er glaube, dass eine KSW AG auch nach der fünfjährigen Verkaufssperre in öffentlicher Hand bliebe. Denkbar sei auch eine Konstellation, bei der Kanton und Gemeinden gemeinsam eine Mehrheit oder zumindest eine starke Minderheit bildeten: «Und selbst wenn ein privates Konsortium die Führung übernehmen würde, wäre dieses gut beraten, ihre wichtigsten Kunden «Stadt und Gemeinden» in den Verwaltungsrat aufzunehmen.»

Zu teuer für Winterthur

Will der Regierungsrat seine Aktienmehrheit abgeben, bräuchte er dafür den Segen des Kantonsrats. Dass dies im Kantonsrat eine Mehrheit fände, glaubt

Farner aber nicht – und auch der Winterthurer Stadtrat vertraut darauf. Schliesslich habe das KSW punkto Abdeckung und Einzugsgebiet eine «herausragende Bedeutung». Zwar befürwortet auch die Stadtregierung die Umwandlung in eine AG, gegenüber einer Beteiligung hat

sie aber ihre Vorbehalte. «Noch ist zwar völlig unklar, wie viel Stadt und Gemeinden investieren müssten. Angesichts der finanziellen Situation ist es aber eher unrealistisch, dass wir ein solches Investment und die damit verbundenen Risiken stemmen könnten», sagt Sozialvorsteher Nicolas Galladé (SP). Er weist zudem auf die Aufgabenverteilung, die seit der neuen Spitalfinanzierung gelte: Der Kanton ist für die Akutbereiche zuständig, die Gemeinden für die Langzeitpflege. Dass die meisten Regionalspitäler im Kanton Zürich heute noch in öffentlicher Hand sind (siehe Kasten unten), ist historisch bedingt.

Gewerkschaften und Linke haben Anfang Woche das Referendum gegen das KSW-Gesetz angekündigt. Kommt es zustande, werden sich auch die Gemeindepräsidentenvereine der zwei Bezirke in den Abstimmungskampf einschalten.



«Gemeinden und Städte sind nicht mehr für den Akutbereich zuständig.»

Nicolas Galladé (SP),
Sozialvorsteher

Politik entdeckt Herz für Kultur

KULTUR Zwölf Gemeinderäte aller Parteien wollen als «Politische Gruppe Kultur» den Austausch zur Winterthurer Kulturszene pflegen. Vorbild ist der Sport.

Jane Wakefield, Präsidentin der Kulturlobby, ist begeistert: «Eine richtige Aufbruchsstimmung» habe am ersten Treffen der «Politischen Gruppe Kultur» am Dienstagabend in der Luft gelegen. Ein Dutzend Gemeinderäte aller Parteien wollen sich fortan mindestens zweimal jährlich mit Vertretern der Winterthurer Kulturschaffenden treffen. Beim Sport hat der Austausch mit der «Basis», den Vereinen, über die «Gemeinderätliche Gruppe Sport» seit Jahren Tradition.

«Mit einer Stimme sprechen»

Die neue Plattform entstand auf Initiative der Kulturlobby, die seit rund einem Jahr aktiv ist. Unter ihren rund 80 Mitgliedern sind sämtliche Museen, das Musikkollegium, fast alle Clubs und Bühnen der Stadt und viele Festivals. Auf sich aufmerksam gemacht hat die Kulturlobby im Dezember 2015, als sie sich in einem offenen Brief für eine baldige Lösung der seit langem hängigen Subventionsfrage starkmachte. Durch das koordinierte Auftreten der Kulturinstitutionen habe man gegen aussen mit einer starken Stimme sprechen und sich interne Verteilungskämpfe ersparen können, sagt Wakefield.

Der frisch gewählte Präsident der Gruppe, SP-Co-Präsident Christoph Baumann, bestätigt, dass das Interesse parteiübergreifend sehr gross sei: «Über die Kulturlobby können wir direkt an die Fachleute, die Kulturmacher gelangen.» Die involvierten Gemeinderätinnen und -räte sind Michael Bänninger (EVP), Renate Dürr (Grüne), Katharina Gander (AL), Yvonne R. Gruber (BDP), Matthias Gubler (SVP), Silvia Gygax-Matter (GLP), Iris Kuster (CVP), Christoph Magnusson (FDP), Ursina Meier (SP), Daniel Oswald (SVP) und Martin Zehnder (GLP), ausserdem FDP-Politiker Raphael Perroulaz und Vertreter der Verwaltung.

Kein «linkes» Thema

«Dass alle Fraktionen vertreten sind, ist ein klarer Vorteil», findet Kulturlobbyistin Jane Wakefield. So müsse man nicht bei einzelnen Parteien hausieren gehen. Kultur ist kein «linkes» Anliegen; so präferierte auch die FDP in ihrer im März publizierten Vision «Winterthur 2050» Kultur als eine der sechs Stärken, auf die Winterthur setzen müsse.

Die Themenliste steht noch nicht fest. Jane Wakefield fallen aber gleich mehrere Anliegen ein, bei welchen es Diskussionsbedarf gäbe: etwa im Bereich der Projektförderung, also der Unterstützung freier Künstler, oder in Sachen Auflagen und Bewilligungen.



«Das Vorkaufsrecht für Stadt und Gemeinden ist reine Makulatur.»

Kurt Roth (FDP),
Gemeindepäsident
Wiesendangen

kon, Lindau, Weisslingen und Wila: 2 Städte und 48 Gemeinden.

Bei der Vernehmlassung vor zwei Jahren positionierten sich die Winterthurer und Andelfinger Gemeinden grob wie folgt: Sie befürworteten zwar die Umwandlung des KSW in eine privatrechtliche AG. Sie verlangten aber Vorkaufsrechte mit Privilegien, unter anderem in Form von Stimmrechtsaktien. Dabei entscheidet nicht der effektive Wert der Aktien in Franken (Nenn-

ZEHN REGIONALSPITÄLER, DREI RECHTSFORMEN

Nicht überall gelang die Umwandlung in eine Spital-AG

In zwei Fällen stimmten die Wähler gegen die Auslagerung in eine Aktiengesellschaft. Aber die Gemeinden blieben als Besitzer stets mit im Boot.

Die Zürcher Stadtspitäler Triemli und Waid ausgenommen (beides Dienstabteilungen des Gesundheitsdepartements), gibt es im Kanton zehn Regionalspitäler, die ihre jeweilige Spitalregion abdecken. Mit dem neuen Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz von 2012 änderten die Zuständigkeiten.

Heute ist alleine der Kanton für die Spitalversorgung zuständig und finanziert die Listenspitäler. Die Gemeinden dürfen ihre Regionalspitäler aber weiter betreiben. Deren Rechtsform wurde in den letzten Jahren mehrfach angepasst, aber nicht überall.

Zweckverband veraltet

Mit dem Spital Limmattal, dem Spital Uster und dem Spital Affoltern sind drei Krankenhäuser heute noch als Zweckverbände organisiert. Die Delegiertenver-

sammlung aus Gemeindevertretern hat dort die Oberaufsicht.

Die Rechtsform gilt bei Spitälern als veraltet, da zu träge, und mit der neuen Spitalfinanzierung hat sich den Trend hin zur Spital-AG beschleunigt. Doch in Affoltern am Albis scheiterte die Umwandlung in eine gemeinnützige AG 2013, in Uster 2015.

Anders in Bülach. Dort wurde der Zweckverband aufgelöst. Seit 2015 sind 32 Gemeinden aus dem Unterland die Alleinaktionäre der Spital Bülach AG. Sie besitzen Namensaktien und

sind im Verhältnis zur Gemeindegrosse eingekauft. Sollen über die Hälfte der Aktien verkauft werden, muss jede Gemeinde zustimmen. Will eine Gemeinde ihre Aktien verkaufen – was bisher nur vereinzelt vorkam –, muss sie diese erst den anderen Gemeinden anbieten.

GZO Wetzikon als Vorreiter

Das Spital Männedorf wurde 2012 von einem Zweckverband in eine AG im Besitz der jeweiligen Gemeinden umgewandelt. Acht von neun Gemeinden hat-

ten damals dem Wechsel zugestimmt. Eine kantonale Pionierin ist das GZO Spital Wetzikon, das bereits seit 2009 eine AG im Besitz von zwölf Gemeinden ist.

Auch die Rechtsform einer gemeinnützigen Stiftung ist eine Option. So organisiert sich inzwischen das See-Spital Horgen/Kilchberg (vorher Zweckverband) und schon länger das Spital Zollikerberg an der Zürcher Stadtgrenze (Stiftung Diakoniewerk Neumünster – Schweizerische Pflegerinnen-schule). *hit*

In Kürze

STADLER RAIL Grossauftrag in Grossbritannien

Stadler Rail, die ihre Drehgestelle in Winterthur fertigt, kann 58 Flirt-Züge mit 378 Wagen im Wert von 600 Millionen Pfund (750 Millionen Franken) an die Abellio East Anglia und Rock Rail in Grossbritannien liefern. *mig*